

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr

Redaction und Expedition
Johannstraße 8.
Sprechstunden der Redaction
Bismarckstr. 10-12 Uhr.
Nachmittags 5-6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende
Nummer bestimmten Anzeigen am
Montag bis 3 Uhr Nachmittags,
an Sonn- und Festtagen früh bis 9 Uhr.
In den Fällen für Auf-Annahme:
Cito Remm's Courtin (Königsplatz),
Luisenstraße 1,
Luisenstraße,
Bismarckstr. 14, part. und Königsplatz 7,
am 17. Juli 1891.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nr. 202.

Dienstag den 21. Juli 1891.

85. Jahrgang.

Abonnementpreis
vierteljährlich 4 1/2 M.
in M.-Geld, incl. Postgebühren 5 M., durch
die Post bezogen 6 M., Ausland 8 M.
Halbjährlich 10 M.
Gebühren für Extrablätter
im Tagesblatt-Normale (gratis)
ohne Postgebühren 60 Pf.,
mit Postgebühren 70 Pf.

Einzelrath 6 geklebte Beilagen 20 Pf.
Größere Abnehmer laut auf. Preisveränderung
Tagesblätter u. Abonnement nach letztem Tarif.

Reklamen
unter dem Redactionstisch die 4 gelb-
bl. Seiten, welche Familienanzeigen
die geklebten Seiten 40 Pf.
Interesse sind (auch die Expedition zu
haben) — Abdruck wird nicht gegeben.
Bezahlung pro anno oder nach Post-
nachnahme.

Amthliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Montag, den 20. dieses Monats, ist mit der Eintragung
von Hypothekensicherungen
in der Reichsstadt zu Leipzig-Volkmarthorl
begonnen worden.
In Folge dessen wird genaunte Straße in ihrer Ausdehnung
von der Berg- bez. Bogelstraße bis zur Weyerser Straße von
genanntem Tage ab für den durchgehenden Verkehr
auf die Dauer der Arbeiten gesperrt.
Leipzig, am 17. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann. Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Eintragung von Hypothekensicherungen wird
die Kottbus-Straße
in ihrer Ausdehnung von der Kottbus- bis zur Wallstraße von
Montag, den 20. dieses Monats, ab auf die Dauer der
Arbeiten für den durchgehenden Verkehr gesperrt.
Leipzig, am 17. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann. Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Die Eintragung von Hypothekensicherungen
ist an einem bestimmten Orte zu Leipzig
in der Reichsstadt zu Leipzig-Volkmarthorl
begonnen worden.
In Folge dessen wird genaunte Straße in ihrer Ausdehnung
von der Berg- bez. Bogelstraße bis zur Weyerser Straße von
genanntem Tage ab für den durchgehenden Verkehr
auf die Dauer der Arbeiten gesperrt.
Leipzig, am 17. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann. Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Die Eintragung von Hypothekensicherungen
ist an einem bestimmten Orte zu Leipzig
in der Reichsstadt zu Leipzig-Volkmarthorl
begonnen worden.
In Folge dessen wird genaunte Straße in ihrer Ausdehnung
von der Berg- bez. Bogelstraße bis zur Weyerser Straße von
genanntem Tage ab für den durchgehenden Verkehr
auf die Dauer der Arbeiten gesperrt.
Leipzig, am 17. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann. Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Die Eintragung von Hypothekensicherungen
ist an einem bestimmten Orte zu Leipzig
in der Reichsstadt zu Leipzig-Volkmarthorl
begonnen worden.
In Folge dessen wird genaunte Straße in ihrer Ausdehnung
von der Berg- bez. Bogelstraße bis zur Weyerser Straße von
genanntem Tage ab für den durchgehenden Verkehr
auf die Dauer der Arbeiten gesperrt.
Leipzig, am 17. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann. Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Die Eintragung von Hypothekensicherungen
ist an einem bestimmten Orte zu Leipzig
in der Reichsstadt zu Leipzig-Volkmarthorl
begonnen worden.
In Folge dessen wird genaunte Straße in ihrer Ausdehnung
von der Berg- bez. Bogelstraße bis zur Weyerser Straße von
genanntem Tage ab für den durchgehenden Verkehr
auf die Dauer der Arbeiten gesperrt.
Leipzig, am 17. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann. Bürgermeister.

Der Schluß der französischen Kammeression.

Der Schluß der französischen Kammeression hat sich eine
bedeutende Wichtigkeit, was manchem unwillkürlich auf, wenn
die Leute, aus welcher so viel Aufmerksamkeit fließt, auf
einige Monate zu stehen aufhört, wenn es nicht mehr möglich
ist, das Land zu verlassen und die politischen Verhältnisse
in das Land zu schauen und die politischen Verhältnisse
entziffern. Die jetzt beendete Session war besonders reich an
Beispielen, die sich bezeichnen durch die Verhandlungen über
das Entlassungsproblem, Thiers' über die Verträge, die
die Kammer für die Kaiserin Friedrich in Paris und ja-
legt durch die Interpellation von wegen der Reformen
an französische Handelsverträge. Der letzte Bericht,
den europäische Staaten zu hören, war der gefällige, wenn
es waren bereits alle Anzeichen getroffen, die Kammer zu
unbeliebten Schritten zu treiben. Die Abstimmung vom
16. Juli hätte unzweifelhaft den Sturz des Ministeriums
mit unüberwindlichen Folgen herbeigeführt, wenn nicht das
Brotum des nächsten Tages das Gleichgewicht in dem auf-
geregten Gemüthen wieder hergestellt hätte. Auch der
18. Juli brachte noch eine Ueberraschung, die Wirkung der für
die Erweiterung der polytechnischen Schule geforderten Summe,
so daß der Ministerpräsident bereits entschlossen war, zurück-
zutreten. War die Vertheilung aller übrigen Minister haben
von dem verhängnisvollen Schritt zurückgehalten, welcher
statt der geforderten Summe nunherauf gebracht hätte.
Man ersieht aus den Verhandlungen der französischen
Kammer während der drei letzten Tage ihres Zusammen-
sitzens, daß die Regierung keine feste Mehrheit hat und daß sie nur
durch den Selbstschicksal dem Sturze entgangen ist. Der
Minister des Auswärtigen hat sich beiderseits des Reichstages
den Kammer gegenüber, weil er die Erneuerung des Reich-
bundes und die Annäherung Englands an diesen Bund
nicht verbindet hat. Die Franzosen verlangen von ihren
Ministern nicht etwa, daß sie ihre Schuldigkeit thun, daß
sie geschickte Schmeicheleien zu begreifen und ihre Folgen
abzumessen wissen, sondern daß sie Tugenden und
unerlösbare Mängel zu verzeichnen im Stande sind. Wenn
Richt Italien vom Dreieck losgerissen und England
von Aufgaben seiner Pflicht in Egypten veranlaßt

hätte unter gleichzeitiger Ueberlassung der Herrschaft im
Mittelmeer an Frankreich, womöglich auch die Aufhebung
der Forderung für den Grenzverkehr mit Deutschland durch-
gesetzt hätte, dann wäre er ein Minister des Auswärtigen,
welcher sich des Bewußtseins seiner Verantwortlichkeit er-
freute. Da er aber die Dinge gehen lassen wollte, wie sie gehen, weil ihm
eine Einwirkung auf die Veränderung der europäischen Lage
nicht möglich war, so muß er als Minister für gefällige
Beschlüsse gehalten. Auch freigeht hat den auf ihn gelegten
Erwartungen nicht entsprochen, weil er, wie es scheint, das
Bündniß mit England immer noch nicht zu Stande gebracht
hat, was nach der Kassaßion der Franzosen seine und des
Ministers des Auswärtigen Hauptaufgabe war. Die Vertheilung
nicht ohne Werth, aber diese Schritte können nicht erfolgt
zu sein, sonst wäre die Stimmung gegen das Ministerium
eine andere.

Die Hauptarbeit während der jetzt beendeten Session war
aber die Durchsetzung des neuen Zolltarifs, welcher am
18. Juli mit 387 gegen 110 Stimmen zur Annahme ge-
langte. Die Gegner des neuen Tarifs haben es wenigstens
dahin gebracht, daß die Reststoffe frei gelassen und daß
an einzelnen Gegenständen des Tarifs Abstriche vorgenommen
worden sind, im Ganzen und Gehehen ist aber der Grund-
gedanke des Tarifs in Kraft geblieben, die Einfuhr des Aus-
lands wesentlich beschränken zu unterwerfen. Die
Folgen des neuen Tarifs, welche allerdings noch der
Prüfung des Ernsts unterliegt, lassen sich noch nicht ermitteln,
aber einzelne Thatsachen liegen bereits vor, welche beweisen,
mit welchen Schwierigkeiten die Wahrung in Frankreich selbst
zu kämpfen hat.

Nach den bisherigen Ermittlungen betrug die Einfuhr
Frankreichs im ersten Halbjahr des Jahres 1891 144 Mil-
lionen Franc mehr als 1890, die Ausfuhr 97 Millionen
Franc mehr als im Vorjahre. Es scheint, daß die übrigen
Staaten, welche Frankreich bisher als Markt für ihre Er-
zeugnisse anerkennen, die Zeit, welche ihnen noch bleibt, nun
unter den bisherigen Bedingungen zu verkaufen, möglichst
auszunutzen wollen, daß der neue Zolltarif auf die Ein-
fuhr schon lähmend wirkt, bevor er noch in Kraft getreten
ist. Es mögen darauf auch noch andere Umstände einwirken,
wie der Bedarf Frankreichs an Getreide, aber die schädlichen
Wirkungen des neuen Zolltarifs sind schon jetzt an
Belandern deutlich zu sehen, welche die Einfuhr des Aus-
lands von der Währungs-Veränderung mitgetheilt wird, bei den
bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen in Bezug
auf Frankreich zu nehmen, weil ein handelspolitisches
Abkommen mit diesem Staate gegenwärtig als ausgeschlossen
angesehen wird.

Italien war, wie die Erklärungen des Staatsministers
Cassini beweisen, einem Zolltarif gegen Frankreich von
vorneherein durchaus abgeneigt, es haben sich aber im Laufe
der Verhandlungen des Ministers Verhältnisse entwickelt, welche
seinen ursprünglichen Absichten eine andere Richtung gegeben
haben. Während der Verhandlungen über den neuen
österreichischen Handelsvertrag hat Frankreich die seiner neuen
Zolltarif zu Grunde liegenden Anschauungen trotz aller
entgegenwirkenden Vorstellungen in der Hauptsache aufrecht
erhalten und dadurch Italien vollständig auf die Seite der
jetzigen Staaten gedrängt, welche eine gemeinsame Abwehr
gegen die Folgen der veränderten französischen Zolltarife
für den europäischen Markt zum Ziele haben. Es hat sich
ein ziemlich wichtiger und umfangreicher Bund angebahnt,
um die wirtschaftlichen Interessen des übrigen Europa
Frankreich gegenüber wahrzunehmen, welches durch seine
Wirtschaftspolitik die Einfuhr fremder Artikel nach Frank-
reich an unerlösbare Bedingungen knüpft. Frankreich
ist ein reiches Land, welches auf vielen Gebieten mehr
herausbringt, als es braucht, also auf die Ausfuhr angewiesen
ist. Aber die französischen Exporteure fürchten mit Recht,
daß ihnen der europäische Markt verschlossen werden
kann, wenn sich ein großer Theil des übrigen Europa
vereint, um die Bedingungen von Handel und Verkehr
auf einem großen Gebiet zu erleichtern. Frankreich wird des-
halb seine Bedeutung für bestimmte Branchen der Industrie
nicht verlieren, aber der Druck des neuen Zolltarifs wird zur
Folge haben, daß man die französischen Artikel, auf welche
Frankreich Wert legt und hoch ist, im Auslande verkaufen
kann. Das ist ein Punkt, der bisher vom französischen Parlament
nicht hinreichend erwogen worden ist. Das Handelsinteresse
durchbricht die Schwärze, welche die Handelsverträge zieht, wenn
französische Produzenten im Auslande ihre Rechte nicht mehr
finden, weil ihnen die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse durch hohe
Zölle verweigert ist, dann gehen sie ins Ausland und bringen ihre
Talenten dort zur Geltung. Frankreich verliert, welche un-
berechenbare wirtschaftlichen Nachteile ihm durch Verweigerung
der Augmenten und durch die Ausdehnung während der
Revolutionsjahre erwachsen sind. Deshalb hat es dadurch
viele geschickte Arbeiter gewonnen und die Geschmacksrichtung
für die Herstellung vieler Industrieartikel hat dadurch einen
großen Aufschwung genommen. Frankreich scheint an
diesen Erfahrungen noch nicht genug zu haben, es folgt durch
übertriebene Schritte, daß die Augmenten und die Emigrationen
der vier Jahre des vorigen Jahrhunderts Nachfolger finden.

Leipzig, 21. Juli.

• Aus Berlin wird gemeldet: Bisher sieht man fest, daß
Prinz Heinrich von Preußen und der Prinzregent
Albrecht von Braunschweig des Kaisers Manövern
in Thüringen betheiligen werden; doch erwartet man, daß
hierzu auch Einladungen an den König von Sachsen,
einen bayerischen Prinzen und andere deutsche Fürstlichen
ergehen werden.

• Der Reichskanzler v. Caprivi hat neuerdings eine
Denkschrift über das Wasserrecht im bürgerlichen
Gesetzbuch, die von dem Berichter des deutschen Reichstages
und Ingenieurvereins überfandt worden war, durch das
Reichsjustizamt der betreffenden Verwaltungskommission als
Beitrag zum Entwurf überfandt lassen. Diese Denkschrift,
welche einem in dem ersten Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuch
nicht beachtetem wichtigen Punkte galt, ist hauptsächlich
von den Vorschlägen des Geheimen Oberbaurathes Keller
bearbeitet worden und bezieht eine gemeinsame Regelung einiger
grundlegenden Punkte. Es wird darin hervorgehoben, er-
laubt, daß die große Bedeutung des Wassers für Gewerbe und Land-
wirtschaft die Regelung des Wasserrechts an sich selbst
unabweisbar mache, wenn seine Verhältnisse voll ausgenutzt
und langwierige Streitigkeiten in Zukunft vermieden werden

solten. In zweiter Linie heißt es, daß das Wasser durch
seine natürliche Bewegung vielfach die Grenzen der Länder
überschreite, wodurch Beziehungen zwischen den Bewohnern
geschaffen werden, die auf Grund gemeinsamer Benutzungsart
der Kanäle leicht in feste Normen zu bringen sind, zweitens
erscheint es geboten, daß der privatrechtliche Theil des
Wasserrechts dem Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches ein-
verleibt werde, wobei die Aushebung von Wasserbesitzern
und Angehörigen der bürgerlichen Wirtschaftskreise wünschens-
werth sein dürfte. In dem Anschreiben wird betont, daß die
privatrechtlichen Bestimmungen über das Wasser sehr leicht
von dem öffentlich rechtlichen getrennt werden lassen, da
sie sich auf das Eigentum am Wasser, auf die wirtschaft-
liche Benutzung desselben, auf die Vertheilung und den Erwerb
bevorzugter Rechte beziehen.

• Der preussische Kultusminister hat entgegen der
Entscheidung eines Provinzialparlamentes eine Verfügung
erlassen, daß Kinder, deren Eltern confessionlos ge-
worden, d. h. welche in der religiösen Form aus ihrem
Religionsgemeinschaften ausgetreten sind, nicht angehalten
werden können, an einem Religionsunterricht an den
öffentlichen Schulen Theil zu nehmen, selbst wenn die Eltern
erklären, daß sie Kinder aus im Hause keinerlei Religions-
unterricht genießen. Diese Sachlage soll auch kein Hinderniß
gegen die Huldigung der Kinder in den staatlichen höheren
Schulen bilden.

• Aus Berlin wird geschrieben: Gewisse französische und
russische Blätter verachten antaucher ihren Verdrub über
die Aufnahme, welche Kaiser Wilhelm II. in England
gefunden hat. Manche dieser Organe stellen überhaup-
t in Abrede, daß der Kaiser gut empfangen worden sei, während
andere in den zahlreichen freundlichen Kundgebungen, die
überall in England das Erscheinen des Kaisers begleitet haben,
weiter erwidern wollen, als Bepflanzungen der Regierung
und der regierungsfremden Partei. Es verlohnt sich nicht
der Mühe, darauf zu verweisen, daß die Millionen von
englischen Engländern, welche die Vertheilung des Kaisers
durch das englische Volk im Ueberraum herzlich begrüßt
sind, und daß sich alle Klassen der Bevölkerung an denselben
betheiligt haben; dagegen verlohnt es sich, auf ver-
einzelte Commentare russischer Blätter über den Kaiserbesuch
in England zurückzukommen, die denselben eine falsche
Bedeutung beilegen, indem sie die Wirkung jenes Besuchs
mit der Politik und der Dauer des gegenwärtigen Cabinets
in Verbindung bringen. Diese Annahme zagt von einem
vollständigen Vermissen der Lage, denn in den bisherigen
politischen Kreisen besteht kein Zweifel darüber, daß es überhaupt
keine englische Regierung giebt, die in irgend ausdaueriger
Politik von anderen als den Interessen des englischen Volkes
leiten lassen könnte; und gerade darin liegt die große Be-
deutung der jetzigen Sympathiebewegungen Englands, daß
wir annehmen dürfen, diese Kundgebungen bezeugen sich
in voller Uebereinstimmung mit der Auffassung, welche das
englische Volk über die Wahrung seiner politischen Interessen
hat, namentlich bezüglich derjenigen im Mittelmeer. Durch
den Umstand aber, daß die großartige englische Volkstrennung
auf einen sachlichen Grund zurück zu führen ist, erhält die
englische auswärtige Politik eine gewisse Ausdehnung auf
Continental, unabhängig von der Vertheilung des je-
weiligen Cabinets.

• Bei dem Besuche Brombergs durch die Minister
W. Dreyfus und Riquel erwiderte, der „Täglicher
Zeitung“ zufolge, auf eine Begrüßungsrede des Stadt-
verordneten-Vorstandes der Handelsminister von Preußen,
daß der Besuch der Ostprovinzen, welcher Auftrag
ihnen von Sr. Majestät geworden, um die Bedürf-
nisse des Ostens kennen zu lernen, seine guten
Früchte tragen würde. So heute ihn, hier in Bromberg
wiederum zu sehen, wie mit vereinigten Kräften etwas
Großes geschaffen sei (Hafenanlage); es sei dies ein Beweis
dafür, daß auf demselben Wege ein weiterer Exportüber-
schuß zu erwarten sei. Bei dem späteren Diner, welches die
hiesigen Behörden zu Ehren der Minister gaben, erklärte
nach der „Täglichen Presse“ der Minister Riquel in
längerer Rede, daß die Lage Brombergs zu den Wasser-
straßen der gleichen Wasserverkehrswege im Vande ausser-
ordentlich günstig sei, und daß die Stadt der Lage zu
der Ostprovinz berechtige, daß Bromberg in kurzer
Zeit zum mächtigen Handels- und Industriepole
empor klettern werde. Was der Staat dazu thun
kann, solle gefehlen, doch beschränke sich das auf die Weg-
leichterung; die Hauptarbeit sei Sache der Stadt und besonders
der Bromberger Bürger und ihres Unternehmungsgeistes.
Ferner schreibe man dem genannten Blatte: Auf der Dampf-
fabrik der beiden Minister von Herten bis Bromberg äußerte
der Finanzminister übereinstimmend mit dem Handelsminister:
Alle Mängel, welche ihnen an ihrer Reise und auch hier
entgegengebracht wären, zu erfüllen, würde nicht gehen, aber
auf die Erfüllung eines Wunsches konnte man mit Bestimmtheit
rechnen, nämlich auf den, welcher sich auf die Verbesserung
der Wasserstraßen (des Kanals der Unterelbe) bezieht. Eine
Erweiterung des Wasserweges werde nicht ausbleiben. Mit
der Frage sei bereits der Anfang gemacht, mit dem Kanale
der Unterelbe werde man bald fertig sein, damit auch hier
Röhre, wie sie die Dore und die Weichsel tragen, die Unter-
elbe und den Kanal passieren können und Bromberg dadurch
ein wichtiger Glied der Verbindung des Ostens mit dem
Westen werden würde.

• Zwei offenbar auf amtliche Mittheilungen sich stützende
Berichtungen veröffentlichen die „Norddeutsche All-
gemeine Zeitung“.

• Die „Allgemeine Reichs-Anzeiger“ würde gehen zu
müssen, die in Wien mit der Schweiz schwebenden Handels-
vertrags-Verhandlungen begünstigen, allerdings großen
Schwierigkeiten. Dem gegenüber wird und von unterrichteter
Seite behauptet, daß alle in den Verhandlungen umliegenden
Berichte die bestehenden Verhandlungen lediglich auf Vermittlungen
beruhen und offenbar darauf abzielen, Verhandlungen oder Demütis
zu provociren, selbst Demütis, die mit Rücksicht auf das an-
genommene Prinzip der Gleichberechtigung nicht einzutreten werden.

• Die durch die Blätter geübte Weisung eines österreichischen
Ministers, nach welcher „ausländische ungenügende Richter der letzten
Zeit die zureichende Regierung oberhalb die Frage einer vor-
läufigen Ermächtigung der Königsliste erörtern“ haben sollte, ist,
wenn man nicht anders will, „auswärtiger Casus“ gehalten haben
wird, durchaus ungenügend.

• Nicht allgemein bekannt dürfte es sein, schreibt die „R. Ztg.“,
daß der neue preussische Minister der öffentlichen Arbeiten,
Herr Thielen, bereits von alterher ein überaus großer Freund
derjenigen Vorträge ist, die auf eine gesunde Pflege der
deutschen Sprache, insbesondere auf die Reinigung der
deutschen Sprache von unnötigen fremden Bestandtheilen
abzielen. Schon vor Jahren hat Herr Thielen als Eisen-
bahn-Direktionspräsident in dieser Richtung mit Umsicht und
Erfolg gewirkt. Eine für den Directionstest
Übersicht erlassene Verfügung vom Jahre 1884, in der
er eine Reihe vortrefflicher Worte für die Verbesserung
der Amtssprache gab, hat damals weit über den eigenen
Bezirk hinaus ihre angedeutete und beabsichtigte Wirkung aus-
geübt. „Mit erheblichen Freuden“, so heißt es in
dem sehr ausführlichen Erlaß, „werden die amtlichen Schreiben
vielfach besorgt überlassen, daß ich Anlaß nehme, alle Be-
theiligten um ihre Mitwirkung zur Abheilung dieses Uebel-
standes zu ersuchen. In den landesherrlichen Verträgen, in
den neuen Gesetzen, insbesondere in der Deutschen Reichs-
Verfassungsgesetzgebung, in den Vorschriften der obersten Verwal-
tungsbehörden und theilweise auch schon in der Tagespresse
werden bereits seit längerer Zeit alle Anzeichen, für welche
gleichmässige deutsche Ausdrücke vorzuziehen sind, mit Vor-
sicht vermieden. Es ist an der Zeit, daß diesen Vor-
wörungen auch bei der künftigen Direction überall gründlich ge-
folgt wird.“

• Gegenüber den Bekauptungen bismarckfeindlicher Blätter,
daß Herr Bismarck nicht im Stande gewesen, eine joga-
nante Schule zu hinterlassen, führt die „Reichs-
Zeitung“ in einem trefflichen Artikel u. A. Fol-
gendes an:

• Man muß in jedem einzelnen Falle zu thun und was zu
lassen ist, hat der Herr allerdings nicht übersehen. Denn
er dachte ja doch von seiner Kunst, daß er nicht mit der
Theologie übereinstimmend gelehrt hätte, wie nur im Reich
die Könige liegen und die Widerstand eine große Sache für
die Könige habe, indem Bismarck nach Möglichkeit gerade zu werden.
Trotz des allerdings niemals im Sinne einer Vertheilung von
Mittelbestimmungen oder gar des nie zu erhaltenden Kabinetts
verloren werden nicht, sondern wieder im Sinne einer großen
und verhängnisvollen Wahrung der nationalen Verträge und ihrer
vollen Wahrung gegenüber, damit der Herr nicht in
Stange gehen für die, welche in ihnen Vertheilung und
zu sein werden und welche im letzten Moment. Das ist das
Gegensatz des Herrn in erster Linie dem Reich, die Herr
zu führen und Reich immer mehr zu führen, zu verlieren und
schwieriger werden zu lassen, und das ist im Zusammenhang damit
immer wieder auf die Abwehr hingewirkt, auf deren Reife und
Reich des Herrn bedachten Gesetzen entgegengeführt werden können,
wie die schmerzlichen, wenn auch bestenfalls neuen und bester-
lichen Seiten angehen, auf denen das Reich des Reiches zu
halten und mit Gottes Hilfe zu führen ist; so ist er außerdem
den Herren Tages des Reichs durch die Weltöffentlichkeit und
Tageszeit, wie der Herr weiter Wahrung zu gewinnen, durch die er
den Herren Tages erlangen. Und wie er seine Gegner und Freunde
immer wieder auf die Vertheilung des Reichs und der
Gegensätze verweist und damit beginnt, was groß sein Vertheilung
ist, so hat er seine Gegner, wie auch seinen Gegner die von
Herrn geborene Kunst besser als Bismarck, der aber über die Herr
kann, jedoch gelehrt; wie er Zeit seines Lebens die Herr
über die Herr zu erlangen und noch nicht zu vertragen vertheilung,
und wie er nach seiner Entlassung über die Herrschaft überlassen,
daß ihm Unrecht widerfahren ist, Ergebe zu diesem bis bezieht,
in einer Weise, von der allerdings anzunehmen ist, daß sie Herr-
lich Schule machen werde.

• Die amtliche „Straßburger Correspondenz“ schreibt:
„Die auch in andere Zeitungen übergegangenem Nachricht
des „Figaro“, daß französische Handelsreisende
gründlich das Paktis zu vermeiden würde, ist
falsch. Die bei allen Handelsreisenden, so werden auch
bei denen der Handelsreisenden die Verhältnisse des einzelnen
Falles eingehend geprüft. Die Vertheilung des Reichs — wenn
sie erfolgt — hat ihre Begründung jederzeit in anderen Ver-
hältnissen, niemals in dem Umstande, daß der Herrschler
Handlungsreisende ist. Uebrigens vertheilung der Herr-
schler nicht selten, ihren Stand in dem die Herrschler
Gesuche angehen.“

• Der Abgeordnete-Kaufmann nach Prag, an dem
sich Reichs, Südböhmen und Polen betheiligen, scheint nicht
sowohl den Zweck der Vertheilung der Kaufmannschaft zu haben,
sondern er ist bestimmt, zu demontiren, daß Graf Bohem
nach noch nicht ganz und gar verstanden ist. Die Mitglieder
haben denn auch das Reich verstanden, und der Herrschler
französisch die Reconstruction der alten Rechte und nach die
Junggehehen für diese Idee einseitig zu stimmen. Welche
Vertheilung sind glücklich möglich. Die Junggehehen sind so
unabhängig, vom Grafen Bohem nicht wissen zu wollen,
und dessen Empfang in Prag ist nicht genug angefallen.
Von der Reconstruction der alten Rechte zu sprechen, ist es
unmöglich, noch etwas vertheilung; werden bilden die Junggehehen
in Böhmen noch immer den einzigen Factor unter den
Geschehen, den man in die politische Rechnung einbeziehen kann.

• Man schreibt aus Kopenhagen, 16. Juli: Mit der
Ernennung des Herrn Coos zum Cultus- und Unterrichts-
minister sind fast alle Parteien unzufrieden und, wie bereits
angedeutet, dürfte diese Ernennung in näher Zukunft zu einer
Vertheilung der parlamentarischen Gruppen führen. Die
„gemäßigte Linke“, die während der letzten Reichstagsession
zur Regierungspartei übergegangen war und somit dem
Cabinet zum ersten Male innerhalb der letzten vierzehn
Jahre zu einer Mehrheit im Reichstags vertheilung hatte, her-
berete die Ernennung des letzten zurückgetretenen Cultus-
und Unterrichtsministers Jacob Scavenius in der Hoffnung,
daß der Nachfolger derselben aus ihren eigenen Reihen ent-
nommen würde. Sie sieht sich in dieser Erwartung ge-
täuscht und giebt ihrem Ungehörigen unüberwindlichen Aus-
druck. Die gemäßigte Rechte dagegen befreit, daß der Justiz-
minister Reikemann, der die Ernennung Coos' gegen
den Wunsch des Cabinetts-Chefs Olufsen durchgesetzt hat, zum
allmächtig werden konnte, und es ist bezeichnend, daß die ge-
mäßigte Linke schon heute unumwunden erklärt, der Nachfolger
Scavenius' würde von ihrer Seite einen entscheidenden Wider-
stand begegnen, wenn er es versuchen sollte, die Wege des
Cabinetts zu gehen und der Parteien zu geben. Der neue
Unterrichtsminister ist unpopulär ein hochgeachteter Mann,
der sich schon vor Jahren in der juristischen Welt des In-
und Auslandes einen Namen als bedeutender Criminalist
erworben hat. Seit geraumer Zeit hat sich Herr Coos
allerdings einer praktischen Thätigkeit zugewandt und eine
Reihe von öffentlichen Stellen bekleidet, welche aus-